



Was verbirgt sich hinter der ungleichen Vermögensverteilung in Deutschland?

Studie im Auftrag des Fördervereins der Initiative Neue Soziale
Marktwirtschaft

Münster, Juli 2015

Projektleitung: Prof. Dr. Ulrich van Suntum¹

Bearbeitung: Dorothee Ihle, M. Sc. in Economics²

Andrea Siebert, M. Sc. in Economics²

¹ Geschäftsführender Direktor des Centrums für angewandte Wirtschaftsforschung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Am Stadtgraben 9, 48143 Münster. Tel: +49(0)251 83 22 971. Fax: +49(0)251 83 22 970.

² Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Centrum für angewandte Wirtschaftsforschung, Westfälische Wilhelms-Universität Münster, Am Stadtgraben 9, 48143 Münster. Tel: +49(0)251 83 22 981. Tel: +49(0)251 83 22 979.

Problemstellung

Sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft beherrschen Verteilungsfragen aktuell die wirtschafts- und sozialpolitische Diskussion. Die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gilt weithin als Ursache sozialpolitischer Probleme, die in nicht unerheblichem Maße zu Wachstumseinbußen und zur Minderung der gesellschaftlichen Wohlfahrt führen. Nicht zuletzt aufgrund von dramatischer Darstellungen in Presse und Medien („Einkommensungleichheit hemmt das Wachstum“ (OECD, 2014); „Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland“ (Grabka und Westermeier, 2014)) entsteht in der Öffentlichkeit das Bild einer zunehmend ungleicher werdenden Gesellschaft – und damit des Versagens des Systems der Sozialen Marktwirtschaft. So schätzten im Jahr 2013 68 Prozent der Bevölkerung die wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland als „nicht gerecht“ an. Immer wieder wird die Wiedereinführung der Vermögensteuer gefordert. Dabei ist ein gewisses Maß an Ungleichheit für ein funktionstüchtiges Wirtschafts- und Gesellschaftssystem unerlässlich. Ein optimales Ausmaß an Ungleichheit lässt sich zwar nicht bestimmen, es kann jedoch angenommen werden, dass es bei den Vermögen noch deutlich höher liegt als bei den Einkommen (SVR, 2014).

Zudem wird sowohl die Einkommens- als auch die Vermögensungleichheit in den meisten Studien unter anderem aufgrund einer reinen Querschnittsbetrachtung über alle Individuen bzw. Haushalte überschätzt. Strukturvariablen wie Ausbildung, Familienstand und auch der Wohnort spielen eine entscheidende Rolle dafür, wie hoch das individuelle Einkommen und damit tendenziell auch das Vermögen jeweils sind. Es kann kaum verwundern, dass ein gut ausgebildeter Akademiker oder Facharbeiter wohlhabender ist als ein etwa ungelerner Arbeitnehmer. Nicht zuletzt hängen Einkommen und Vermögen auch stark vom Lebensalter ab. In aller Regel ist der individuelle Wohlstand während der Ausbildung und zu Beginn des Arbeitslebens niedriger als am Ende der beruflichen Laufbahn, während er im Rentenalter wieder sinkt. All dies hat erst einmal wenig mit Ungerechtigkeit oder mit der Marktwirtschaft an sich zu tun. Einkommen und Vermögen sind vielmehr in starkem Maße Spiegelbild unterschiedlicher Berufswege und Lebensphasen, die es in jedem Wirtschaftssystem gibt. Vergleicht man also Individuen bzw. Haushalte mit unterschiedlichen Ausprägungen bezüglich der genannten Merkmale liegt es in der Natur der Dinge, dass eine hohe Ungleichheit resultiert.

Daher muss die Berechnung der Ungleichheit differenzierter erfolgen, indem die Strukturunterschiede der Individuen bzw. Haushalte aus der Ungleichheitsanalyse herausgerechnet werden. Verglichen werden also nur die Individuen bzw. Haushalte, die gleiche Ausprägungen bezüglich der betrachteten Strukturmerkmale besitzen. So erhält man den gesellschaftspolitisch interessanten Teil der Ungleichverteilung, der sich eben nicht aus den gewissermaßen „natürlichen“ Ursachen erklären lässt.

Die im Folgenden vorgenommene differenzierte Ungleichheitsanalyse basiert auf Daten aus Befragungen im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), bei denen jährlich rund 20.000 Personen Auskunft über ihre wirtschaftlichen Verhältnisse geben. Die Vermögenssituation wird jedoch nur alle fünf Jahre erhoben. Die aktuellsten Daten, die auch im vorliegenden Bericht verwendet werden, sind aus dem Jahr 2012. Unter Verwendung dieser Daten hat das Deutsche

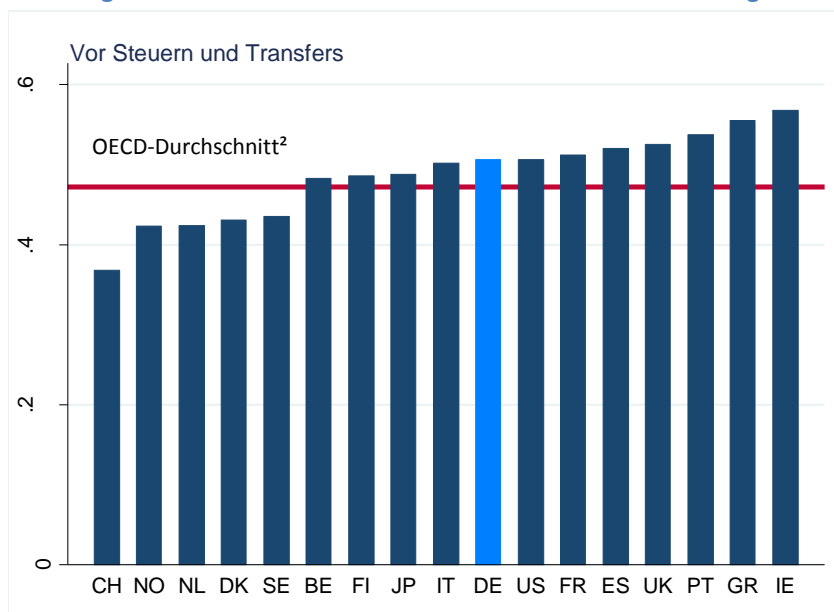
Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin bereits im Frühjahr 2014 eine Vermögensstudie veröffentlicht. Der vorliegende Bericht versteht sich als Ergänzung dieser Studie unter Berücksichtigung der oben genannten Differenzierungen.

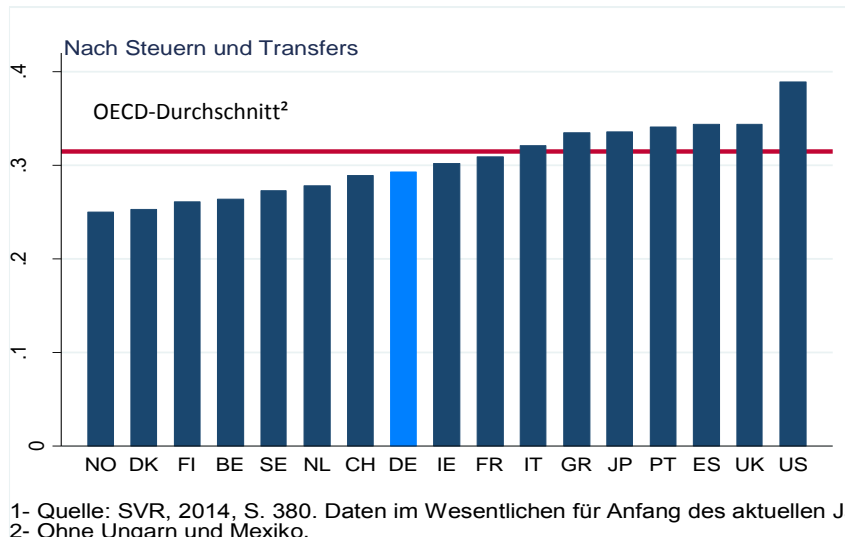
1. Einkommen in Deutschland relativ gleichmäßig verteilt

Das gebräuchlichste Maß für die Ungleichverteilung ist der Gini-Koeffizient (Kasten 1). Hier zeigt der internationale Vergleich, dass Deutschland bei der Einkommensverteilung ziemlich genau im Durchschnitt der OECD-Staaten liegt (Abb. 1). Dabei muss man zwischen der Primär- und der Sekundärverteilung unterscheiden:

- Bei der Primärverteilung, also den Bruttoeinkommen vor Steuern und Transfers, liegt die Ungleichverteilung in Deutschland im Jahr 2010 mit einem Gini-Koeffizienten von 0,51 geringfügig über dem OECD-Durchschnitt (0,47).
- Aussagekräftiger unter dem Gesichtspunkt der Gerechtigkeit ist aber die Sekundärverteilung, bei der Steuern und Transfers wie Kindergeld, Wohngeld etc. mit berücksichtigt sind. Hier liegt der Gini-Koeffizient für Deutschland mit 0,29 unter dem OECD-Durchschnitt (0,31). Die Nettoeinkommen sind also hierzulande gleichmäßig verteilt als im internationalen Mittel (SVR, 2014, S. 380).

Abbildung 1: Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung für ausgewählte OECD-Länder¹

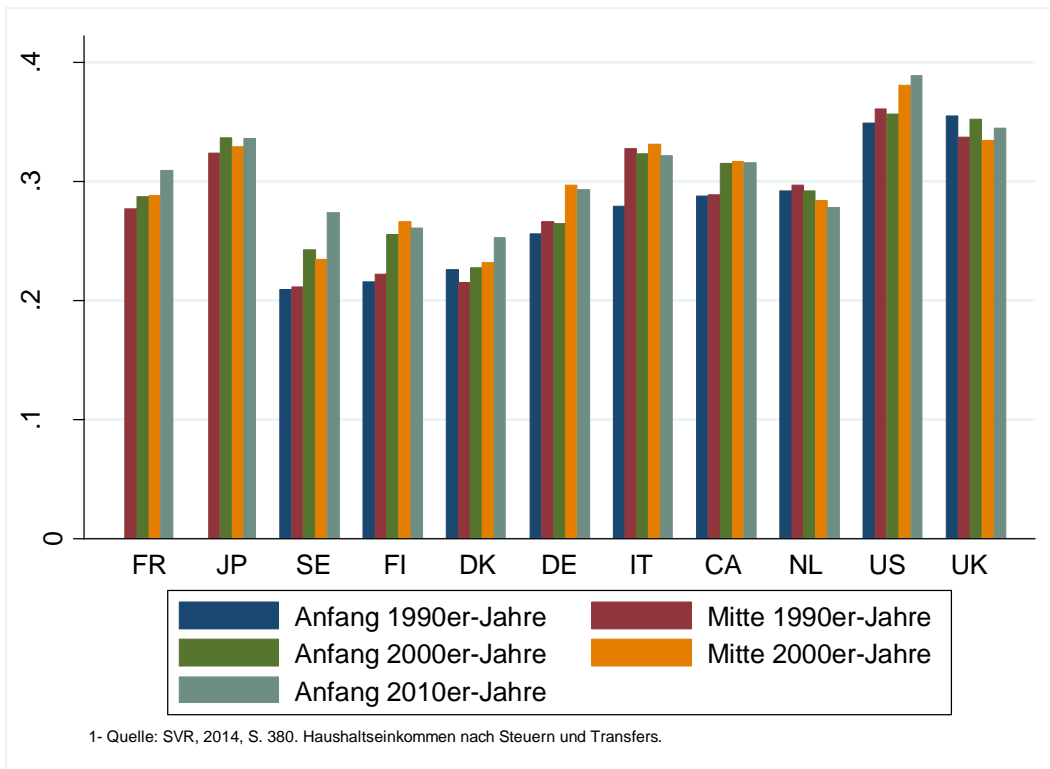




Natürgemäß ist in allen Ländern die Verteilung der Nettoeinkommen gleicher als diejenige der Bruttoeinkommen. In Deutschland ist dieser Unterschied jedoch stärker ausgeprägt als anderswo, d.h. der deutsche Staat greift relativ stark korrigierend in die Einkommensverteilung ein. Insbesondere zeigt sich hier ein deutliches Gefälle zwischen dem deutschen Modell der Sozialen Marktwirtschaft und den angelsächsischen Ländern. So verringert sich in den USA der Gini-Koeffizient nur geringfügig (von 0,51 auf 0,49), wenn Steuern und Transfers einbezogen werden.

Wird die zeitliche Entwicklung der Ungleichheit der letzten zwei Jahrzehnte betrachtet, kann ein leichter Anstieg der Ungleichheit in Deutschland beobachtet werden, ebenso wie in den meisten anderen OECD-Staaten (Abb. 2). Dabei spielt jedoch auch eine Rolle, dass aufgrund des demographischen Wandels der Anteil älterer Erwerbstätiger gestiegen ist. Allein dies führt statistisch bereits zu einem Anstieg der Ungleichheit, da ältere Arbeitnehmer tendenziell höhere Einkommen als jüngere Arbeitnehmer haben. Insgesamt sind 12 Prozent des Anstiegs der Ungleichheit auf die veränderte Altersstruktur zurückzuführen (SVR, 2014, S. 276/380).

Abbildung 2: Gini-Koeffizient der Einkommensverteilung im Zeitverlauf für ausgewählte OECD-Länder¹



Kasten 1

Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient misst die durchschnittliche Abweichung zwischen den Einkommen bzw. Vermögen zwischen allen Personen oder Haushalten eines Landes. Dazu wird der Wohlstandsunterschied zwischen allen Kombinationen von je zwei Probanden ermittelt, was bei z.B. 10 Personen bzw. Haushalten 90 relevante Messwerte (und 10 mal den Wert 0) ergibt. Die Summe dieser Wohlstandsdifferenzen wird durch das Durchschnittseinkommen bzw. Vermögen aller Einwohner bzw. Haushalte dividiert. Der so gebildete Gini-Koeffizient kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen. Der Wert 0 entspricht vollständiger Gleichverteilung und der Wert 1 vollständiger Ungleichverteilung (eine einzige Person verfügt über alle Einkommen oder Vermögen). Das bedeutet, je höher der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher ist die Verteilung.

Der Gini-Koeffizient reagiert sehr sensitiv auf Veränderungen im mittleren Bereich der Vermögensverteilung. Wenn auch negative Nettovermögen (Schulden) vorliegen, kann er u.U. einen Wert größer als 1 annehmen (SVR, 2014, S. 372).

2. Ungleiche Vermögensverteilung noch kein Beleg für Ungerechtigkeit

Was die Ungleichverteilung der Vermögen betrifft, so ist sie deutlich größer als diejenige der Einkommen. Auch dafür gibt es naheliegende Gründe, die wenig mit Ungerechtigkeit oder sozialem Versagen der Marktwirtschaft zu tun haben:

- Zum einen hängt das individuelle Vermögen stark vom individuellen Einkommen und damit wiederum von Bildungsstand, Alter und Berufswahl ab. Wer ein hohes Einkommen erzielt, kann naturgemäß auf Dauer auch ein entsprechend hohes Vermögen bilden.
- Hinzu kommt, dass die Bezieher höherer Einkommen im Durchschnitt auch eine höhere Sparquote haben. Denn das Sparen fällt ihnen naturgemäß leichter als Jemandem, der nur mühsam seinen Lebensunterhalt erwirtschaften kann. So ist die Ersparnis bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro im Durchschnitt sogar negativ, während sie bei Einkommen über 5.000 Euro durchschnittlich 22 Prozent beträgt (Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008³). Schon aus diesem Grund ist zu erwarten, dass die Vermögen grundsätzlich ungleicher verteilt sind als die Einkommen.
- Des Weiteren gibt es auch bei gleichem Einkommen Unterschiede in den Lebensentwürfen und Verhaltensweisen der Menschen, die zu unterschiedlichen Vermögen führen. So bildet z.B. in Deutschland nur knapp die Hälfte der Haushalte Wohneigentum, während die anderen zur Miete wohnen. Deutschland liegt damit in der Wohneigentumsquote im internationalen Vergleich am unteren Rand (Tabelle A.1).
- Schließlich ist die Notwendigkeit der Vermögensbildung je nach Beruf durchaus unterschiedlich. Während Beamte und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihre Altersvorsorge hauptsächlich auf Renten und Pensionen stützen, bilden Selbstständige zu diesem Zweck in viel stärkerem Maße Immobilien-, Unternehmens- oder Geldvermögen. Nur letztere, nicht aber die Renten- und Pensionsansprüche gehen aber in die üblichen Vermögensstatistiken ein, was zu einer starken Verzerrung in Richtung einer zu hoch ausgewiesenen Ungleichheit führt.

Die ungleiche Vermögensverteilung ausweislich der DIW-Statistik ist daher noch kein Beleg für Fehlentwicklungen oder Ungerechtigkeit. Sie spiegelt vielmehr zu einem guten Teil Unterschiede in den Lebensphasen, aber auch in den Lebensentwürfen wider, die es in jeder Gesellschaft gibt und geben muss. So sind selbst in der früheren DDR die Vermögen sehr ungleich verteilt gewesen: Ein Fünftel der Bevölkerung verfügte über vier Fünftel der Geldvermögen. Demgegenüber besaßen 70 Prozent der Menschen in der DDR nur Sparguthaben von unter 5.000 Mark. Das „obere“ Fünftel bildeten allerdings nicht, wie vermutet, die führenden Genossen. Die großen Geldvermögen sind vor allem durch „individuelle Nebenproduktion“ in der Landwirtschaft sowie durch Wochenend- und Feierabendarbeit der Handwerker für private Bauherren entstanden (Schröder, 2000, S. 150).

Neben den Renten- und Pensionsansprüchen wird noch ein weiterer Bestandteil des Vermögens meist gänzlich außer Acht gelassen. Viel wichtiger für den Wohlstand und für die künftigen Erwerbschancen als etwa ein geerbtes Startguthaben ist nämlich die eigene Ausbildung. Investitionen in das eigene „Humankapital“ in diesem Sinne sind überaus rentierlich, werden aber in keiner Vermögensstatistik erfasst. Wer etwa von seinen Eltern ein Häuschen erbt, gilt daher als vermögend,

³<https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/EinkommenKonsumLebensbedingungen/EinkommenEinnahmenAusgaben/Tabellen/Haushaltsnettoeinkommen.html>

wer dagegen anstelle von Geld oder Immobilien über ein Studium oder einen Meisterbrief verfügt, steht offiziell als mittellos da. Dies wird der tatsächlichen wirtschafts- und verteilungspolitischen Bedeutung des Humankapitals aber keineswegs gerecht.

3. Vermögensverteilung im Zeitverlauf und im internationalen Vergleich

Die Analyse der zeitlichen Entwicklung der Vermögensverteilung ist auf Basis der Jahre 2002, 2007 und 2012 möglich. Die Ungleichheit ist von 2002 auf 2007 zunächst gestiegen und dann von 2007 auf 2012 wieder leicht gesunken, wenn auch nicht ganz bis auf das Niveau von 2002 (Tabelle 1). Eine genauere Analyse mit Blick auf die Veränderung des Medians und des p90/p50-Verhältnisses (Kasten 2) zeigt, dass vor allem in der oberen Hälfte der Vermögenspyramide eine Angleichung der Vermögen stattgefunden hat. Zugleich ist der Anteil der Personen, die ein negatives oder kein Vermögen haben, von 26 auf 28 Prozent gestiegen (Grabka und Westermeier, 2014; SVR, 2014).

Tabelle 1: Vermögensverteilung im Zeitverlauf

	2002	2007	2012
Gini	0,776	0,799	0,78

Quelle: Grabka und Westermeier, 2014, S. 153.

Kasten 2

Median

Der Medianwert der Vermögensverteilung ist das Vermögen desjenigen Individuums, welches sich genau in der Mitte der Vermögensrangskala befindet. Das bedeutet, dass 50 Prozent der Bevölkerung ein höheres und 50% der Bevölkerung ein niedrigeres Vermögen als den Medianwert haben. Der Medianwert liegt unter dem Mittelwert des Vermögens, da letzterer stärker von den reicheren Vermögenseignern beeinflusst wird.

p90/p50-Perzentilverhältnis

Das p90/p50-Perzentilverhältnis sagt aus, wieviel Vermögen der „Ärmste“ der reichsten 10 Prozent im Verhältnis zum Median besitzt. Je höher das Perzentilverhältnis ist, desto ungleicher ist insoweit die Verteilung.

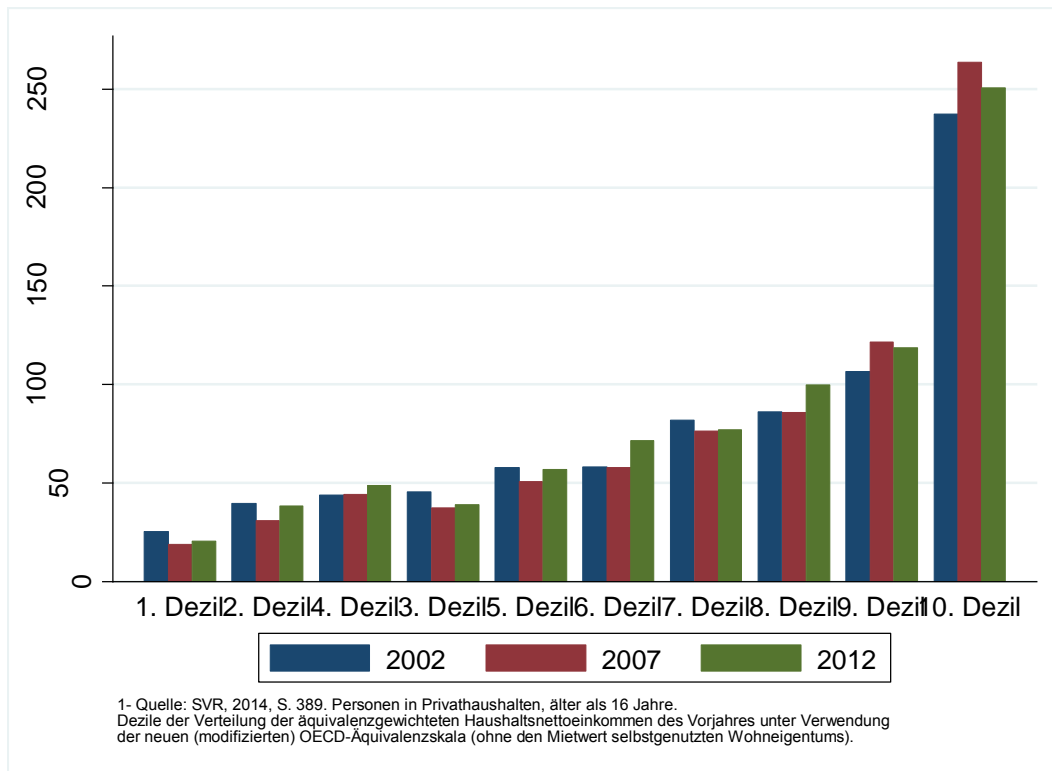
Im internationalen Vergleich hat Deutschland eine der stärksten Ungleichverteilungen des Vermögens. Auch dieser Befund darf aber nicht vorschnell als Beleg für eine besonders große

Ungerechtigkeit genommen werden. Denn interessanterweise weisen gerade auch die skandinavischen Länder eine relativ hohe Vermögensungleichverteilung auf, obwohl sie gemeinhin als besonders sozial und ausgleichsorientiert gelten. Der scheinbare Widerspruch löst sich auf, wenn man bedenkt, dass diese Länder ebenso wie Deutschland ein starkes, umlagefinanziertes Renten- und Sozialversicherungssystem haben. Dementsprechend müssen gerade die weniger verdienenden Menschen in diesen Ländern weniger Vermögen bilden als in anderen Ländern (SVR, 2014). Ein internationaler Vergleich der Vermögensverteilungen unter Einbezug der Rentenansprüche würde das Länderranking der Ungleichverteilung deshalb vermutlich zu Gunsten von Deutschland und den skandinavischen Ländern verändern.

4. Zusammensetzung des Vermögens

Zunächst sei ein Blick auf die Kernbefunde geworfen. Schon hier ergeben sich interessante, von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommene Differenzierungen.

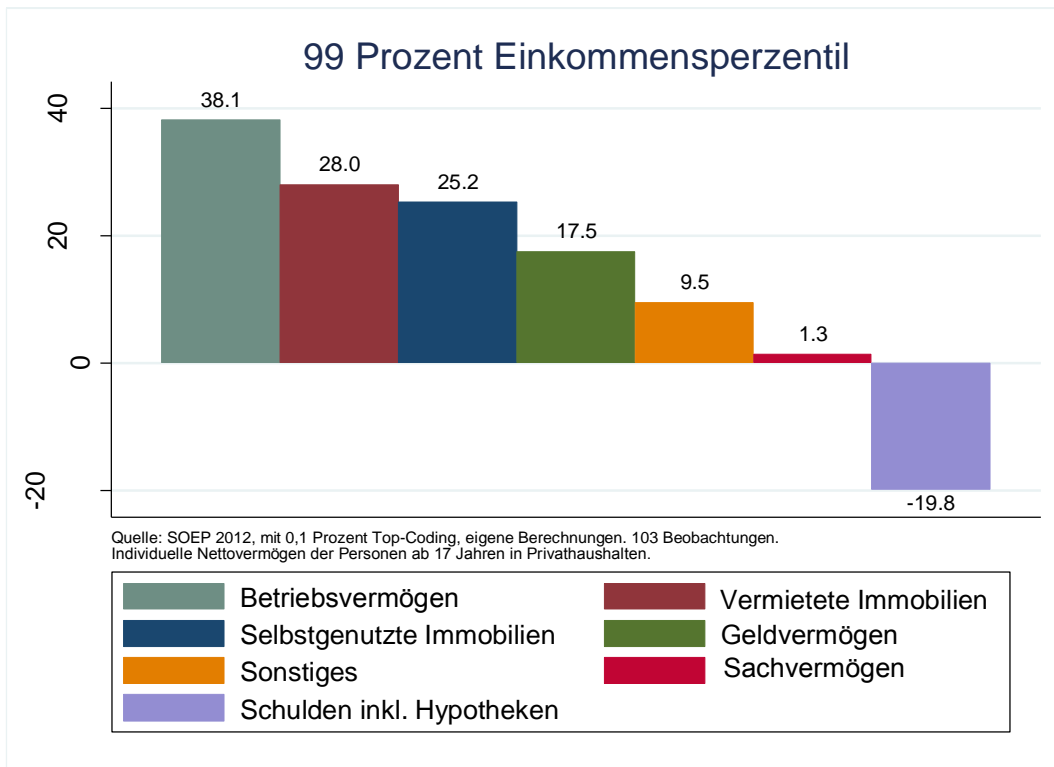
Abbildung 3: Durchschnittliches Vermögen nach Einkommensdezilen¹



Vergleicht man die Vermögen nach der Einkommenshöhe, so sind die Unterschiede für die große Masse der Bevölkerung erstaunlich gering. Erst bei den einkommensstärksten 10 Prozent der Bevölkerung zeigt sich auch ein deutlicher Vorsprung in der Vermögenssituation (Abb. 3). Das dürfte nicht zuletzt daran liegen, dass sich hier vor allem auch Selbstständige und Unternehmer wiederfinden, die naturgemäß über ein hohes Betriebsvermögen verfügen, mit dem sie u.a. auch für ihr Alter vorsorgen. Bei den unteren Einkommensschichten sind wiederum ihre (mit dem Alter steigenden) Rentenansprüche nicht berücksichtigt, was ihre relative Vermögensposition auch untereinander entsprechend verzerrt.⁴

Abbildung 4: Anteile der Vermögenskomponenten (vor Abzug von Schulden und Hypotheken) am Gesamtvermögen - 99 Prozent Perzentil

⁴ Es fällt auf, dass die Vermögen der unteren Einkommensschichten zwischen 2002 und 2007 gesunken sind. Ein Grund dafür liegt darin, dass in diesem Zeitraum die Marktwerte ostdeutscher Immobilien rückläufig waren.



Wird die Zusammensetzung der Vermögen betrachtet, so bestehen über 80 Prozent des im SOEP erfassten Nettovermögens aus Immobilien und weitere knapp 10 Prozent aus Betriebsvermögen. Letzteres enthält das Beteiligungsvermögen in Form von börsenmäßig gehandelten Aktien sowie Eigentumsrechte an Unternehmen (Grabka und Westermeier, 2014, S. 152). Auch hinter dem Geldvermögen (15 Prozent) dürften sich zu einem erheblichen Teil Forderungen an Unternehmen und Finanzinstitutionen verbergen, welche den volkswirtschaftlichen Kapitalstock als Fremdkapital mitfinanzieren. Dabei wird der Anteil des unmittelbaren Betriebsvermögens mit zunehmendem Wohlstand immer größer. Für das wohlhabendste Prozent der Bevölkerung beträgt er 38 Prozent und ist damit der größte Einzelposten ihres Nettovermögens (Abb. 4). Dahinter verbergen sich nicht zuletzt die Gewerbeimmobilien und Produktionsanlagen der vielen mittelständischen Unternehmen, welche einen Großteil der Arbeitsplätze in Deutschland stellen.

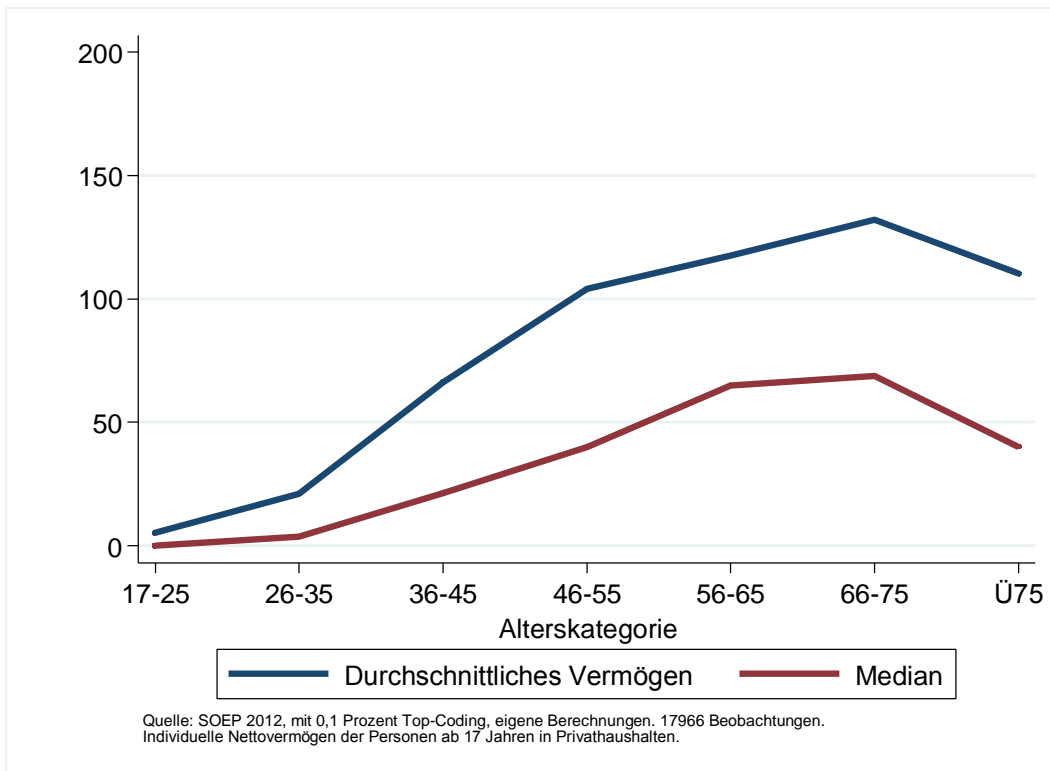
5. Verteilung des Vermögens nach Subklassen

Neben einer Zerlegung des Vermögens in die einzelnen Vermögenskomponenten ist es ebenfalls interessant, die individuelle Vermögensverteilung näher zu untersuchen.

Abbildung 5 zeigt, dass das Vermögen im Laufe des Lebens steigt, wie es auch zu erwarten ist. Das Durchschnittsvermögen nimmt bis zu einem Alter von 75 Jahren zu und ist dann leicht rückläufig, was vermutlich daran liegt, dass im Laufe des Rentenalters angespartes Vermögen aufgebraucht wird. Der Median zeigt einen ähnlichen Verlauf. Während in einem Alter von unter 25 Jahren 50 Prozent der Personen gar kein oder ein negatives Vermögen haben, liegt der Median für die Altersklasse 56 bis 65 bei 65.000 Euro. Allein dieser Alterseffekt führt bereits zu einer Übertreibung der

Ungleichheit, welche vom DIW ausgewiesen wird. Würden z.B. alle Menschen denselben Lebenszyklus in Bezug auf die Vermögensakkumulation aufweisen, also im Laufe ihres Lebens gleich viel Vermögen aufbauen und – in späteren Jahren – wieder abbauen, so würde bei einer Querschnittsbetrachtung wie der des DIW dennoch eine erhebliche Ungleichheit festgestellt werden. Denn es wird dabei gewissermaßen der Student im Alter von 20 Jahren, der naturgemäß noch kein Vermögen hat bilden können, mit dem 60-jährigen Professor verglichen, der am Ende seiner akademischen Karriere naturgemäß in dieser Hinsicht weit besser dasteht. Dieser Effekt sollte deshalb bei der Analyse der Vermögensverteilung herausgerechnet werden. Die wirkliche und gesellschaftlich relevante Ungleichheit ergibt sich erst aus dem Vergleich kompletter Lebenszyklen (Atkinson, 1971; SVR, 2014, Bönke et al, 2011).

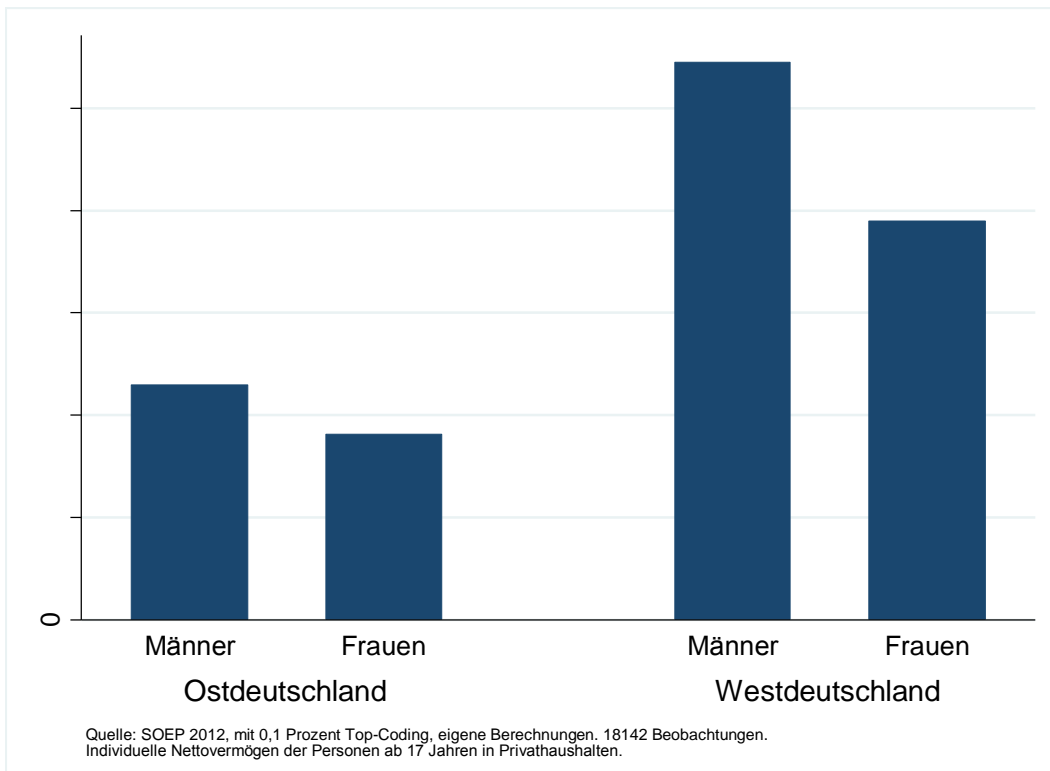
Bezüglich der Ungleichverteilung innerhalb der jeweiligen Altersklassen lässt sich Folgendes feststellen: Am größten ist die Ungleichverteilung bei den jungen Menschen zwischen 17 und 35 Jahren, wo der Gini-Koeffizient über 0,9 und damit deutlich höher als im Durchschnitt aller Altersklassen (0,75) liegt (Tabelle A.2). Das liegt nicht zuletzt daran, dass es bei den jungen Leuten zahlreiche Menschen mit negativem Vermögen gibt. Das muss allerdings nicht unbedingt auf eine Überschuldung hindeuten, da man z.B. auch für Ausbildungszwecke oder im Vorgriff auf ein später höheres Erwerbseinkommen Schulden aufnehmen kann. Zudem geht es bei den jungen Haushalten meist nur um vergleichsweise geringe Beträge, ihr durchschnittliches Vermögen liegt nur bei gut 5.000 Euro (bei den 17- bis 25jährigen) bzw. bei rund 21.000 Euro (bei den 26- bis 35jährigen). Dagegen liegt das durchschnittliche Vermögen am Ende des Berufslebens deutlich über 100.000 € und ist dann auch mit einem Gini-Koeffizienten von knapp 0,7 gleicher verteilt. Die in jungen Jahren beobachtbare, besonders große Ungleichverteilung lässt sich somit später relativ leicht wieder aufholen, was offenbar auch vielfach der Fall ist.



Ein Blick auf das Durchschnittsvermögen getrennt nach Region und Geschlecht zeigt, dass es sowohl zwischen Ost- und Westdeutschland als auch zwischen Frauen und Männern erhebliche Vermögensunterschiede gibt (Abb. 6). Dabei ist zu bedenken, dass Menschen, die in der DDR lebten, nur wenige Chancen hatten, überhaupt Vermögen aufzubauen (Grabka, 2014). Entsprechende, bis heute fortwirkende Unterschiede kann man daher nicht dem marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystem anlasten.

Ferner haben Männer durchschnittlich ein höheres Vermögen als Frauen, wobei diese Lücke in Westdeutschland erheblich größer ist als in Ostdeutschland. Insbesondere Vermögensarten wie selbstgenutzte Immobilien gehören häufig Männern, obwohl sie von allen im Haushalt lebenden Personen genutzt werden. Zumindest bei verheirateten oder zusammenlebenden Paaren kann eine geschlechterbezogene Betrachtung des individuellen Vermögens daher in die Irre führen, was die tatsächlichen Lebensumstände betrifft.

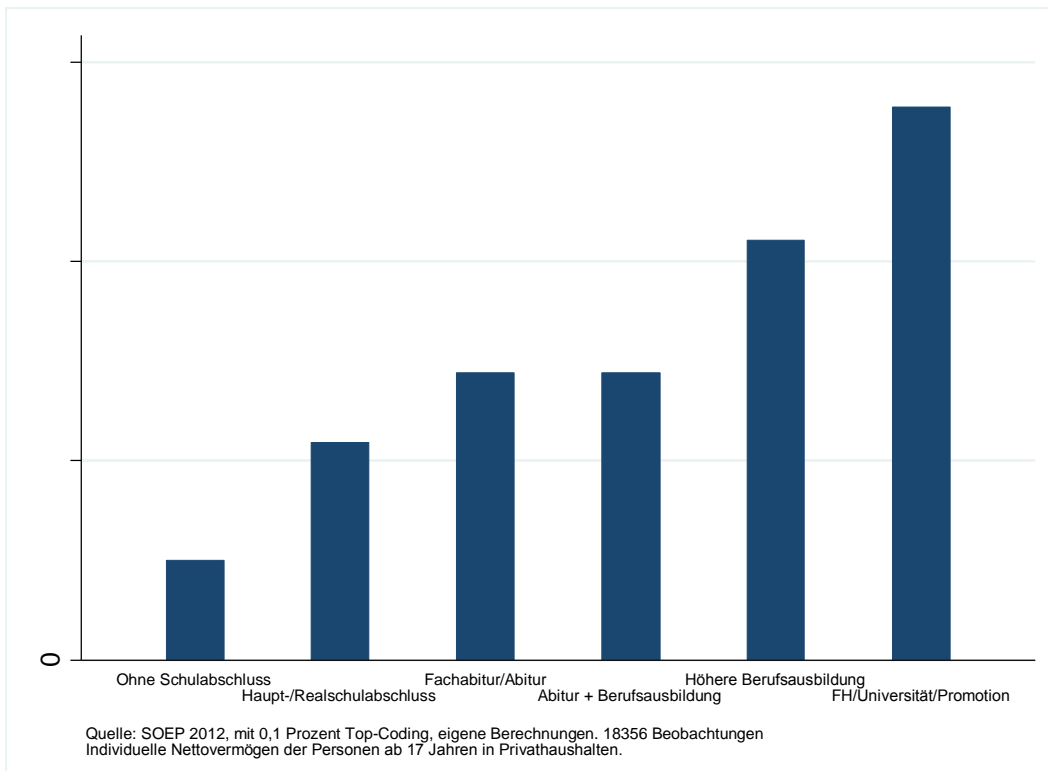
Abbildung 6: Vermögen nach Region und Geschlecht



Wenig überraschend ist die Verteilung der Vermögen nach Bildungsabschluss: Je höher der Abschluss, desto höher ist das Vermögen und desto niedriger ist die Ungleichverteilung innerhalb der jeweiligen Bildungsgruppe (Abb. 7 und Tabelle A.2). Von denjenigen, die keinen Berufsabschluss haben, besitzen 50 Prozent gar kein Vermögen. Aus der Gruppe mit Haupt- oder Realabschluss haben 50 Prozent ein Vermögen, das geringer als 3700 Euro ist.

Bei der Interpretation dieser Ergebnisse sind zwei Überlegungen wichtig. Zum einen ist anzunehmen, dass eine bessere Ausbildung auch der Vermögensbildung zugutekommt. Zum anderen ermöglicht ein größeres Vermögen (der Eltern) tendenziell eine bessere Ausbildung. In Deutschland hängt die Ausbildung nämlich immer noch stark von der finanziellen Situation und dem Bildungsstand der Eltern ab.

Abbildung 7: Vermögen nach Bildungsabschluss



6. Die tatsächliche Ungleichverteilung der Vermögen wird überschätzt

Aufgrund der oben beschriebenen strukturellen Bestimmungsgründe der Vermögensverteilung greift eine reine Querschnittsbetrachtung über alle Individuen bzw. Haushalte zu kurz. Komponenten wie Alter, Region und ggfs. Bildungsstand sollten deshalb aus der Ungleichheitsanalyse herausgerechnet werden. Erst dann erhält man den gesellschaftspolitisch interessanten Teil der Ungleichverteilung von Vermögen, der sich eben nicht aus den oben genannten - gewissermaßen natürlichen - Ursachen erklären lässt. Im Prinzip dürfte man dazu nur Personen bzw. Haushalte miteinander vergleichen, welche jeweils ähnlichen Berufsstatus, vergleichbare Ausbildung und zudem ähnliche Präferenzen – insbesondere hinsichtlich der Sparneigung - aufweisen. Zeigen sich zwischen solchen, von den Voraussetzungen her weitgehend homogenen Gruppen dennoch auffällige Unterschiede im Vermögen, so wäre dies als die „eigentliche“ Ungleichverteilung zu interpretieren. Mögliche Ursachen könnten Marktunvollkommenheiten, Erbschaften, positive oder negative Diskriminierung sein, aber auch Einflüsse wie Unterschiede in der Geschäftstüchtigkeit oder einfach nur Glück bzw. Unglück.

Teilt man etwa die Gesamtbevölkerung in Teilgruppen mit jeweils gleichem Ausbildungsstand, gleicher Region (Ost- bzw. Westdeutschland) und gleichem Alter ein, so ist die Ungleichverteilung der Vermögen innerhalb dieser Teilgruppen mit einem Gini-Koeffizienten von durchschnittlich 0,69 um rd. 10% niedriger als für die Bevölkerung insgesamt (0,77). Man mag dies für einen geringen Unterschied halten. Allerdings werden bereits sehr viel kleinere Veränderungen des Gini-Koeffizienten im Zeitverlauf regelmäßig zum Anlass für weitgehende politische Schlussfolgerungen und Forderungen genommen.

Leider kann man den Gini-Koeffizienten für die Gesamtbevölkerung nicht direkt um die genannten Struktureffekte bereinigen, da er nicht additiv zerlegt werden kann. Es gibt aber mit der mittleren logarithmischen Abweichung (mean logarithmic deviation, MLD) und dem Theil-Index zwei alternative Ungleichheitsmaße, für welche dies möglich ist (Kasten 3). Sie können somit für eine Herausrechnung der Strukturkomponenten wie Alter und Region verwendet werden. Dabei wird die gesamte Ungleichheit in die interne „echte“ Ungleichheit (Ungleichheit *innerhalb* der jeweiligen Gruppen) und die externe Ungleichheit (Ungleichheit *zwischen* den Gruppen) zerlegt. Je kleiner die Ungleichheit innerhalb der jeweiligen Gruppen ist, desto größer ist die Übertreibung der Ungleichheit in einem reinen Querschnittsvergleich, der ja auch die Unterschiede zwischen den – eigentlich nicht vergleichbaren – Gruppen enthält.

Tabelle 2: Zerlegung der Ungleichheit - Anteil externe Ungleichheit an Gesamtungleichheit⁵

	Alter	Region	Geschlecht	Bildung	Alter+Region+Bildung
Anteil externe Ungleichheit (Theil)	15%	4%	1%	4%	24%
Anteil externe Ungleichheit (MLD)	17%	3%	1%	3%	25%

Quelle: SOEP 2012, mit 0,1 Prozent Top-Coding, eigene Berechnungen.
 Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten.
 Fälle mit negativem und null Vermögen werden ausgeschlossen.

So führt bereits die alleinige Herausrechnung des Effektes, dass sich naturgemäß das Vermögen mit dem Lebensalter ändert, zu einer Senkung des Theil-Indexes von 0,82 auf 0,7, also um 15 Prozent (Tabelle 2, Spalte 1). Die MLD sinkt bei Berücksichtigung dieses Effektes von 1,1 auf 0,91 und damit sogar um 17 Prozent. Je nachdem welches Ungleichheitsmaß betrachtet wird, gehen also 15 Prozent bzw. 17 Prozent der gesamten Ungleichheit auf die externe Ungleichheit zwischen den Altersklassen zurück.

Die analoge Herausrechnung der Strukturkomponenten Region und Bildung reduziert die echte Ungleichverteilung um weitere 4 Prozent (Theil) bzw. 3 Prozent (MLD). Auch in dieser Hinsicht wird also die tatsächliche Ungleichverteilung in der DIW-Rechnung überschätzt, indem unzulässiger Weise Ostdeutsche und Westdeutsche sowie auch Individuen mit ganz unterschiedlichem Bildungsstand miteinander verglichen werden. Berücksichtigt man in analoger Weise auch noch das Geschlecht, so sinkt die echte Ungleichheit um ein weiteres Prozent, was vernachlässigbar erscheint.

Insgesamt senkt damit die Herausrechnung der Strukturunterschiede innerhalb der Bevölkerung (Alter, Region, Bildung) die echte Ungleichverteilung um 24 Prozent (Theil) bzw. 25 Prozent (MLD) gegenüber demjenigen Wert, welcher sich bei der undifferenzierten Berechnungsweise des DIW ergibt.⁶

⁵ Bei der Bildung von Gruppen bestehend aus Individuen mit gleichen Ausprägungen bezüglich aller drei Merkmale Alter, Region und Bildung, kann es zu sehr kleinen Gruppengrößen kommen. Die Zerlegung der Ungleichheit nach nur zwei Strukturvariablen ergibt jedoch ähnlich hohe Anteile an externer Ungleichheit.

⁶ Sowohl die MLD als auch der Theil-Index können nur positive Vermögenswerte berücksichtigen. Um die Robustheit der Ergebnisse bei Einschluss aller Vermögenswerte zu prüfen, wurde der Datensatz transformiert: Vermögenswerte kleiner als 1 Prozent des Vermögensmittelwerts wurden auf diesen (positiven) Wert gesetzt

Dieses Ergebnis wird auch durch eine (loglineare) Regression des Nettovermögens auf die vier zuvor betrachteten Strukturvariablen (plus Familienstand und Erwerbsstatus) bestätigt. Sowohl das Lebensalter als auch die Ost-West-Unterscheidung und der Bildungsstand haben einen hoch signifikanten Einfluss auf das Nettovermögen. Die Vernachlässigung dieser Strukturunterschiede in einer reinen Querschnittsbetrachtung führt daher zu nach oben verzerrten Ergebnissen bei der Berechnung der Ungleichverteilung.

Kasten 3

Mittlere Logarithmische Abweichung (MLD) und Theil-Index

Die mittlere logarithmische Abweichung misst die durchschnittliche Abweichung der logarithmierten Vermögen vom logarithmierten Mittelwert. Bei der Berechnung des Theil-Indexes werden die logarithmierten Abweichungen zusätzlich mit dem Vermögensanteil gewichtet.

Beide Ungleichheitsmaße nehmen bei einer völligen Gleichverteilung der Vermögen den Wert 0 an. Nach oben sind sie nicht beschränkt. Je höher der Wert der Verteilungsmaße, umso ungleicher ist die Verteilung.

Die mittlere logarithmische Abweichung reagiert besonders sensibel auf Veränderungen im unteren Vermögensbereich. Der Theil-Index reagiert aufgrund der Gewichtung weniger sensitiv auf Vermögensänderungen im unteren Bereich der Verteilung (SVR 2014, S. 372).

Der Nachteil dieser beiden Ungleichheitsmaße ist, dass sie Vermögenswerte kleiner oder gleich 0 nicht berücksichtigen können. Sie sind aber - im Gegensatz zum Gini-Koeffizienten - additiv zerlegbar in die interne Ungleichheit (Ungleichheit innerhalb der Teilgesamtheiten) und die externe Ungleichheit (Ungleichheit zwischen den Teilgesamtheiten) (Shorrocks, 1980 und 1984).

7. Geldvermögensverteilung vernachlässigt Renten- und Pensionsansprüche

Die tatsächliche Ungleichverteilung wird nicht nur durch die oben beschriebenen strukturellen Effekte überschätzt. Der vom DIW ausgewiesene Gini-Koeffizient bezieht sich zudem lediglich auf das Geld- und Realvermögen, lässt aber Renten- und Pensionsansprüche sowie auch das in der Ausbildung steckende Humankapital außer Betracht. Die im Laufe des Erwerbslebens angesammelten Anwartschaften an die gesetzliche Rentenversicherung sind aber gerade für die weniger wohlhabenden Schichten ein wichtiger Bestandteil des persönlichen Vermögens. Selbst wer ansonsten vermögenslos oder sogar verschuldet ist, hat in aller Regel Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung, und wenn es nur die Mindestrente wäre. Gelegentlich wird eingewendet, dabei

(„Bottom-Coding“). Die Ergebnisse der Zerlegung unter Verwendung des transformierten Datensatzes ändern sich - unabhängig vom verwendeten Verteilungsmaß - nur marginal.

handele es sich um kein „echtes“ Vermögen, weil solchen Ansprüchen an das Umlagesystem genau entsprechenden Verpflichtungen späterer Generationen gegenüberstehen. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist das zutreffend, aber für die Gerechtigkeitsfrage ist dieser Einwand unerheblich. Denn für den Einzelnen macht es keinen Unterschied, ob seine Rente aus einem Umlagesystem oder aus echten volkswirtschaftlichen Ersparnissen stammt. Auch der Einwand, Rentenansprüche seien nicht vererbbar und daher mit anderen Vermögen nicht zu vergleichen, ist wenig überzeugend. Schließlich geht es bei der Vermögensverteilung um den Wohlstand der heute lebenden Menschen und nicht um denjenigen ihrer Erben, sofern es überhaupt welche gibt.

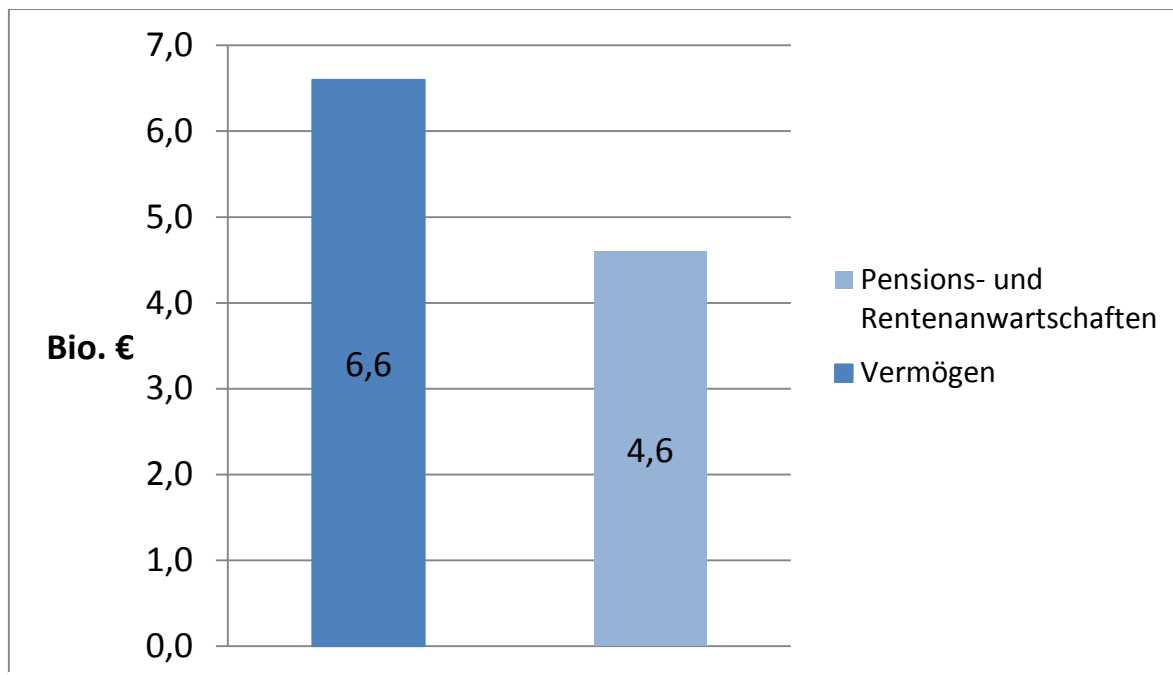
Wenn man die Ansprüche aus Renten und Pensionen berücksichtigt, fällt die Verteilung der Vermögen in Deutschland nochmals wesentlich gleichmäßiger aus. Ähnlich wie die Unterscheidung von Brutto- und Nettoeinkommen ist die Differenzierung von Vermögen mit und ohne Einbezug der Rentenanwartschaften auch für den internationalen Vergleich sehr wichtig. Denn in Ländern wie Deutschland, in denen die gesetzliche Absicherung eine überdurchschnittlich große Rolle spielt, wird die Ungleichverteilung bei Vernachlässigung dieser Vermögenskomponente besonders stark nach oben verzerrt. Das liegt daran, dass hierzulande die private Vorsorge für die breiten Schichten weniger wichtig als in anderen Ländern, in denen die zur Altersvorsorge hohe Geld- und Realvermögen ansammeln müssen (Sierminska et al, 2006; SVR, 2014; Moog et al, 2010).

Während für die Berechnung des individuellen Humankapitals kaum belastbare Zahlen vorliegen, ist dies für die Rentenanwartschaften sehr wohl der Fall. So hat das DIW im Jahr 2010 selbst eine Studie publiziert, in welcher die Barwerte der Rentenanwartschaften in die Vermögensanalyse einbezogen wurden. Der Barwert errechnet sich aus den abgezinsten Ansprüchen aller Versicherten in der gesetzlichen Rentenversicherung und der Beamten – inklusive derjenigen, die bereits in Rente oder Pension sind.⁷ Insgesamt betragen die Renten- und Pensionsanwartschaften damals rund 4,6 Billionen Euro bzw. im Durchschnitt 67.000 Euro pro Person (Grabka und Frick, 2010).⁸ Sie bewegen sich damit durchaus in einer Größenordnung, welche der des gesamten Geldvermögens (6,6 Billionen Euro) recht nahe kommt (Abb. 8). Dabei wurde der tatsächliche Barwert vermutlich sogar noch unterschätzt, denn Ansprüche aus Betriebsrenten und Zusatzversorgungen wurden nicht berücksichtigt (Grabka und Frick, 2010).

⁷ Die Höhe des Barwerts hängt von der Wahl des Zinssatzes ab. Je kleiner dieser ist, desto höher bemisst sich der Barwert. In der Studie des DIW wird mit einem Zinssatz von 3 Prozent gerechnet.

⁸ Daten für 2007.

Abbildung 8: Vermögen und Renten- und Pensionsansprüche



Quelle: DIW (2010).

Für seine jüngste Vermögensverteilungsrechnung für 2012 hat das DIW bisher keine entsprechend ergänzte Berechnung vorgelegt. Legt man daher die Ergebnisse für 2007 zugrunde, so sinkt der Gini-Koeffizient durch die Einbeziehung der Renten- und Pensionsansprüche von 0,8 auf 0,64, also um 20 Prozent. Auch besitzt dann eine Person, die zu den Reichsten 10 Prozent der Bevölkerung gehört, nicht mehr mindestens das 14,5 fache des mittleren Vermögens (also des Medianwertes), sondern nur noch das 4,4 fache. Es ergibt sich also eine drastische Verringerung der Ungleichverteilung allein durch diese Korrektur, welche noch zu den oben beschriebenen Struktureffekten hinzukommt.

Eine entsprechende Neuberechnung auf Basis der Vermögensdaten für 2012 steht bisher noch aus. Übersichtsweise kann man jedoch bereits Folgendes festhalten: Das Gesamtvolumen der Vermögenswerte *ohne* Renten- und Pensionsansprüche belief sich laut DIW im Jahr 2012 auf 6,3 Billionen Euro (Grabka und Westermeier, 2014). Es war damit etwas geringer als das, was für 2007 ausgewiesen wurde (6,6 Billionen Euro.) Andererseits dürfte die Summe der Rentenansprüche aber zwischen 2007 und 2012 gestiegen sein, denn die Erwerbstätigen sind im Schnitt älter, und ältere Arbeitnehmer haben aufgrund längerer Beitragszeiten höhere Rentenansprüche. Zudem hat sich sowohl die Anzahl der Versicherten als auch die der Rentner von 2007 auf 2012 erhöht (DRV, 2014). Dies bedeutet, dass aller Voraussicht nach die relative Bedeutung der Rentenansprüche gegenüber den sonstigen Vermögen zugenommen hat. Es ist daher davon auszugehen, dass ihre Einbeziehung in die Vermögensrechnung für 2012 eine noch stärkere Korrektur der Ungleichverteilung nach unten zur Folge hat, als dies 2007 bereits der Fall war.

Fazit: Ungleichverteilung der Vermögen kein Grund zur Skandalisierung

Die ungleiche Verteilung der Vermögen in Deutschland wird zu Unrecht skandalisiert. Zum einen spiegelt sie zu einem beachtlichen Teil Unterschiede im Alter, im Ausbildungsniveau sowie zwischen Ost- und Westdeutschland wider. Diese sind für insgesamt etwa ein Viertel der Ungleichverteilung verantwortlich. Sie können aber schwerlich dem marktwirtschaftlichen System oder einer zu nachlässigen Umverteilungspolitik angelastet werden.

Zum anderen vernachlässigen die gängigen Verteilungsrechnungen wichtige Komponenten des individuellen Vermögens, insbesondere das Humankapital und die Ansprüche an umlagefinanzierte Renten- und Pensionssysteme. Allein letztere erreichen in der Summe ähnliche Größenordnungen wie das gesamte Sach- und Realvermögen. Sie dürfen schon deshalb nicht vernachlässigt werden, weil sie vor allem für die unteren und mittleren Einkommenschichten einen wesentlichen Teil ihres Vermögens ausmachen. Eine entsprechende Korrektur führt denn auch zu einer Verringerung der gemessenen Ungleichverteilung um etwa 20%.

Aber auch die verbleibende Ungleichverteilung ist für sich genommen noch kein Grund, mit höheren Steuern für Gutverdiener oder anderen Maßnahmen (Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Vergesellschaftungen) einzugreifen. Denn gerade bei den wohlhabendsten Haushalten stehen insbesondere Produktivvermögen und Immobilien im Vordergrund und nicht etwa Luxusgüter und spekulative Finanzanlagen, wie es in der Politik oft dargestellt wird. Die Vermögen der Wohlhabendsten sind überwiegend nichts anderes als unsere Arbeitsplätze und Wohnungen, welche maßgeblich den volkswirtschaftlichen Kapitalstock ausmachen. In einer Marktwirtschaft ist dieser Kapitalstock aus guten Gründen in Privathand und nicht im Eigentum des Staates.

Private Vermögensbesitzer haben gegenüber dem Durchschnitt der Bevölkerung in aller Regel eine deutlich höhere Sparneigung. Sie sichern damit den Fortbestand des Kapitalstocks sowie auch in aller Regel seinen effizienten Einsatz. Würde man die großen Vermögen auf die breite Masse der Bevölkerung umverteilen, so wäre ihr Fortbestand nicht mehr gewährleistet. Es käme aller Voraussicht nach zu einem kurzen Konsumrausch, an dessen Ende jedoch große Teile des Kapitalstocks vernichtet wären oder zumindest nicht mehr erneuert würden. Dies kann nicht im Interesse einer Volkswirtschaft sein.

Im internationalen Vergleich ist die Einkommensverteilung in Deutschland relativ ausgeglichen, wenn man die letztlich entscheidenden Nettoeinkommen betrachtet. Bei den Vermögen ist die Verteilung in Deutschland nur auf den ersten Blick ungleicher als in den meisten anderen Ländern. Denn ähnlich wie in Skandinavien spielen die umlagefinanzierten Altersversorgungssysteme hierzulande eine überdurchschnittlich große Rolle, werden jedoch bei internationalen Vergleichen in aller Regel nicht beachtet. Auch wenn es dazu bisher keine hinreichende Datenbasis gibt, dürfte Deutschland ebenso wie die skandinavischen Länder bei Einbeziehung der Rentenansprüche wesentlich besser abschneiden, was die Ungleichheit der Vermögensverteilung im internationalen Vergleich betrifft.

Literaturverzeichnis

- Atkinson, A.B. (1971), The Distribution of Wealth and the Individual Life-Cycle, *Oxford Economics Papers* 23(2), 239-254.
- Bönke, T., G. Corneo und H. Lüthen (2011), Lifetime Earnings Inequality in Germany, *DIW Discussion Paper* 1160.
- Deutsche Rentenversicherung Bund (DRV) (2014), Rentenversicherung in Zeitreihen, *DRV-Schriften Bd. 22*.
- Grabka, M. (2014), Private Vermögen in Ost- und Westdeutschland gleichen sich nur langsam an, *DIW Wochenbericht* 40/2014, 959-966.
- Grabka, M. und J. Frick (2010), Alterssicherungsvermögen dämpft Ungleichheit – aber große Vermögenskonzentration bleibt bestehen, *DIW Wochenbericht* 3/2010, 2-12.
- Grabka, M. und C. Westermeier (2014), Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, *DIW Wochenbericht* 9/2014, 151-164.
- Moog, S., C. Müller und B. Raffelhüschen (2010), Ehrbare Staaten? Die deutsche Generationenbilanz im internationalen Vergleich: Wie gut ist Deutschland auf die demographische Herausforderung vorbereitet? *Working Paper Forschungsdatenzentrum Generationenverträge der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg No. 44*.
- OECD (2014), *Focus on Inequality and Growth – December 2014*.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) (2014), *Jahresgutachten 2014/2015*.
- Schröder, K. (2000), *Der Preis der Einheit. Eine Bilanz*.
- Shorrocks, A. F. (1980), The Class of Additively Decomposable Inequality Measures, *Econometrica* 48(3), 613-625.
- Shorrocks, A. F. (1984), Inequality Decomposition by Population Subgroups, *Econometrica* 52(6), 1369-1386.
- Sierminska, E., A. Brandolini und T.M. Smeeding (2006), Comparing Wealth Distribution across rich countries: first results from the Luxembourg Wealth Study. *Paper prepared for the 29th general conference of the international association for research in income and wealth*.

Anhang

Tabelle A. 1: Eigentümerquote 2012.

	in Prozent
Rumänien	96,6
Litauen	91,9
Slowakei	90,4
Ungarn	90,5
Bulgarien	87,4
Norwegen	84,8
Estland	82,2
Spanien	78,9
Lettland	81,5
Polen	82,4
Tschechische Republik	80,4
Griechenland	75,9
Portugal	74,5
Finnland	73,9
Italien	74,1
Belgien	72,3
Irland	69,6
Schweden	70,1
Großbritannien	66,7
Dänemark	64,3
Niederlande	67,5
Frankreich	63,7
Österreich	57,5
Deutschland	53,3
Schweiz	43,8

Quelle: Eurostat.

Tabelle A. 2: Vermögensverteilung in Deutschland nach Gruppen.

	Beobachtungen	Mittelwert	Median	Gini
Gesamt	18356	81595	17181	0,77
Alter				
17-25	1693	5129	0	0,94
26-35	2085	21196	3760	0,93
36-45	2696	66334	21433	0,76
46-55	3593	104088	40000	0,73
56-65	3269	117577	65000	0,68
66-75	2915	132183	68700	0,66
Ü75	1715	110298	40000	0,70
gewichteter Durchschnitt			38444	0,75
Region				
Osten	4473	40800	8720	0,79
Westen	13883	91776	22000	0,76
gewichteter Durchschnitt			18764	0,77
Geschlecht				
weiblich	9573	69685	13500	0,77
männlich	8569	96161	25000	0,76
gewichteter Durchschnitt			18932	0,77
Bildung				
ohne Schulabschluss	254	25008	0	0,92
Haupt-/Realschulabschluss	2295	54579	3700	0,80
Fachabitur/Abitur	8599	72136	15000	0,78
Abitur + Berufsausbildung	1021	72081	19000	0,76
Höhere Berufsausbildung	1256	105321	47747	0,70
FH/Universität/Promotion	4128	138785	60000	0,69
gewichteter Durchschnitt			26464	0,76
Alter+Region+Bildung				
gewichteter Durchschnitt				0,69

Quelle: SOEP 2012, mit 0,1 Prozent Top-Coding, eigene Berechnungen.

Individuelle Nettovermögen der Personen ab 17 Jahren in Privathaushalten.